

Haushaltsrede 2024

CDU-Kreistagsfraktion

Peter Fischer
Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Landrat,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nicht unüblich, dass in Haushaltsreden auf die schwierige Haushaltssituation hingewiesen wird. Aber die Zahlen, die wir in diesem Haushalt zu beraten hatten, waren in der Tat schwierig, um nicht zuzusagen, dramatisch.

Über eine Lücke von 31 Mio. € hat uns der Kämmerer berichten müssen. Eine Zahl, von der wir bislang weit weg waren. Das hätte eine Erhöhung der Kreisumlage um 6 Punkte zur Folge gehabt. Aber als kommunalfreundlicher Kreis Viersen, der die finanziellen Interessen seiner Städte und Gemeinden gut im Blick hat, hat Kämmerer Thomas Heil einige Maßnahmen zusammengetragen, die letztlich eine Erhöhung der Umlage um nur einen Punkt auf nunmehr 35,2 Punkte ergeben. Das ist sehr kommunalfreundlich!

Allerdings um den hohen Preis der deutlichen Entnahme des Fehlbedarfs von gut 8 Mio. aus der Ausgleichsrücklage, die damit bei nur noch rund 5 Mio. € liegen wird. Bei einem Haushaltsvolumen von 485,6 Mio. € ein mehr als dünnes Polster für die Folgejahre. Da passt es gut, dass Schützenhilfe vom Jahresergebnis 2023 kommt, das voraussichtlich statt des eingeplanten Defizits von gut 8 Mio. € eine schwarze Null schreibt und damit die Reserve für die Folgejahre etwas erhöht. Damit erhalten wir uns die Möglichkeit, den in den Jahren zuvor gelebten Grundsatz, die Kreisumlage stabil zu halten, weiterhin umzusetzen.

Dabei ist zu hoffen, dass der vorgenommene globale Minderaufwand von einem Prozent auch tatsächlich erzielt wird. Hier setzen wir auf die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Ein noch höherer Minderaufwand von 2 Prozent, wie von der Bürgermeisterrunde gefordert, der weitere 4,8 Mio. bedeuten würde, ist angesichts der hohen Quote gesetzlicher Aufgaben nicht realistisch. Ebenso können wir der geforderten Beibehaltung des Kreisumlagesatzes angesichts der dargestellten Fakten keinesfalls entsprechen.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen handeln wir verantwortungsbewusst und halten dabei auch die Interessen der Kommunen fest im Blick.

Ein Wort zur Aufforderung der Bürgermeisterrunde zu der erhobenen Forderung eines konsequenten Konsolidierungskurses. Wir schauen uns in der Vorbereitung der Haushaltsberatungen immer die Ansätze konkret an und hinterfragen den ein oder anderen Ansatz. Deshalb ist eine Konsolidierung nicht das Ergebnis von kurzzeitigen Arbeitskreisen, sondern regelmäßig gelebte Praxis. Dazu kommen die regelmäßigen Organisationsuntersuchungen - siehe zuletzt die Beispiele Ausländeramt oder aktuell das Gesundheitsamt. Solche Untersuchungen und andere Maßnahmen sind beim Kreis nicht neu und werden regelmäßig durchgeführt, um in guten und effizienten Strukturen zu arbeiten.

Weitere Beispiele sind das bereits abgeschlossene Organisationsentwicklungsprojekt Kreisleitstelle, Verbesserungen der Aufbau- und Ablauforganisation und das Heben von Synergieeffekten oder die Teilung des Amtes 51 in das Amt für Schulen und das Jugendamt.

Die Kreisverwaltung betrachtet es als Daueraufgabe, Verfahrensabläufe in Abstimmung mit den Fachämtern zu vereinfachen und zu optimieren.

Trotz der angespannten Haushaltslage bleibt der Kreis Viersen handlungsfähig und führt erforderliche Investitionen durch. Zu nennen sind hier beispielsweise die Planungs- und Baukosten des Förderzentrums West, die Baukosten des Multifunktionalen Verwaltungsgebäudes am Ransberg und Maßnahmen für den Tiefbau.

Nicht vergessen dürfen wir bei alledem, dass sich die Isolierungsbeträge aus den Corona- und Ukraine-Belastungen auf 15,4 Mio. € belaufen. Im nächsten Jahr werden wir zu entscheiden haben, ob wir diesen Betrag auf 50 Jahre abschreiben und damit die nachfolgenden Generationen belasten oder einmalig durch eine Entnahme aus dem Eigenkapital ausgleichen.

Aufgrund der mehr als engen finanziellen Situation haben wir uns als CDU-Kreistagsfraktion bewusst mit Anträgen zurückgehalten. Mit dem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zur Praxisanleitung im Rettungsdienst haben wir sogar einen Antrag mit einer Gegenfinanzierung gestellt.

Mit den Anträgen der anderen Fraktionen haben wir uns intensiv auseinandergesetzt. Davon gab es in diesem Jahr etliche. Dabei finden einzelne unsere Unterstützung, andere lehnen wir ab, weil sie für uns nicht zielführend sind.

Wir unterstützen ganz ausdrücklich die Förderung der Teilhabe von Langzeitarbeitslosen am gesellschaftlichen Leben. Ähnliche Maßnahmen haben wir ja in der Vergangenheit durch die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung durchaus gehabt. Sie haben mit Erfolg den Menschen geholfen, die auf dem Arbeitsmarkt wegen persönlicher Vermittlungshemmnisse und anderen Problemen kein Erwerbsleben oder keine Beschäftigung in Aussicht hatten.

Es wäre schön, wenn die Arbeitsverwaltung solche Programme anbieten und finanzieren würde, die daran aber leider offensichtlich kein nachhaltiges Interesse hat. Vielleicht sprechen Sie mal mit Frau Nahles oder Herrn Heil, also den Hubertus in Berlin, nicht den Thomas hier im Kreis Viersen, ob nicht wieder Programme für diese Menschen aufgelegt werden können.

Wir unterstützen auch die präventiven Hausbesuche bei älteren Menschen ab 75 Jahren. Dieses Projekt hat auch in den Kommunen Anklang gefunden, wo es vorgestellt wurde. Es stimmt uns allerdings traurig, dass mit der Notwendigkeit eines solchen Projekts gleichzeitig aufgezeigt wird, dass es Angehörigen, Nachbarn, Freunden, Vereinen oder Verbänden in unserer Gesellschaft nicht mehr schaffen, die Vereinsamung von älteren Menschen zu vermeiden.

Nicht mittragen können wir Anträge wie die Einberufung einer Wohnraumkonferenz, die Veränderung der Elternbeitragssatzung und die Teilnahme am Projekt „In Zukunft Inklusiv“.

Der Kreis hat durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mit dem beauftragten Wohnungsmarktgutachten des Pestel-Institutes die entsprechenden Erkenntnisse an zahlreiche Akteure transportiert, zum Teil in persönlichen Vorträgen durch den Geschäftsführer Aach in kommunalen Gremien. Die Kommunen und alle anderen Beteiligten sind also informiert, die Fakten sind bekannt. In Viersen gab es vor Jahren eine ähnliche Konferenz und im Ergebnis dadurch keine Wohnung mehr. Neben dem Aufwand werden nur Erwartungen geschürt, die nicht erfüllt werden können.

Die Gründe für ausbleibende Investitionen sind mit Baukosten, höheren Zinsen und kostenerhöhenden Umweltauflagen bekannt. Das Land NRW unterstützt mit den Wohnraumförderbestimmungen und zuletzt verbesserten Konditionen die Wohnraumförderung. Beim Bund ist jedoch noch viel Luft nach oben.

Bei den Elternbeiträgen haben wir im vergangenen Jahr eine Anhebung der Grenzen der Beitragstabelle zur Unterstützung mitgetragen. Mit einer erneuten Anhebung wären wir ein gutes Stück weit weg von den Grenzen anderer Kommunen mit eigenem Jugendamt im Kreis.

Nettetal und Viersen beginnen bereits bei 16 bzw. 18.000 €, der Kreis bei jetzt 44.000 €. Diese schon hohe Differenz darf nicht noch weiterwachsen, sonst kommt es zu einem Tourismus um die günstigsten Kitaplätze. Zudem profitieren Eltern zwischenzeitlich auch von vielen weiteren Entlastungen oder haben von solchen profitiert wie dem steuer- und sozialabgabenfreien Inflationsausgleich, der Strompreisbremse oder den deutlichen Lohnsteigerungen. Außerdem, so ein Hinweis unseres Landesfinanzministers, können die Kosten für eine Kitabetreuung in der Steuererklärung geltend gemacht werden.

Beim Antrag zu den Azubi-Wohnheimen soll der Kreis gleich in die Planung und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in die Umsetzung gehen. Dabei ist nicht einmal der Bedarf ermittelt. Ist es tatsächlich so, dass die Schulabgänger gleich in die umliegenden Städte ziehen, um dort eine Ausbildung zu beginnen? Die Tatsache, dass nach Information des Jobcenters im letzten Jahr mehr Ausbildungsstellen besetzt wurden, spricht eher dagegen. Auch eine Umfrage im Kreis Heinsberg aus dem letzten Jahr hat einen Bedarf nicht bestätigt.

Ich zitiere aus dem Ergebnis: 73% der Unternehmen und 90% der arbeitsmarktpolitischen Akteure erwarten von einem „Azubi-Wohnheim-Projekt“ im Kreis Heinsberg lediglich einen geringen bis keinen signifikanten Mehrwert im Hinblick auf die Gesamtproblematik.

46% der Schülerinnen und Schüler könnten sich zwar grundsätzlich vorstellen in einem Azubi-Wohnheim zu wohnen, wären aber nur zu einem geringen eigenen Kostenbeitrag für die Unterbringung bereit. Der überwiegende Teil aller befragten Schülerinnen und Schüler wünscht sich mit 65% während der Ausbildung eine Unterbringung bei der eigenen Familie oder 44% alternativ in einer eigenen Wohnung. Wohngemeinschaften spielen mit 11% eine eher untergeordnete Rolle. Diese Zahlen sprechen für sich!

Beim Förderzentrum West sprechen wir uns für die Variante 1 aus, die mit 19,4 Mio. € den mittleren Kostenrahmen der drei Varianten darstellt.

Ausschlaggebend war für uns das Qualitätskriterium „Pädagogik“, das bei der Erweiterung in Hinsbeck und Amern mit der Bestnote 1 bewertet wurde. Bei der Variante 2 in Lobberich gab es hingegen nur eine 2. Pädagogik sollte aus bildungspolitischer Sicht maßgebendes Kriterium sein. Auch die Wegebeziehungen innerhalb der Gebäude werden in Hinsbeck deutlich besser bewertet, als in Lobberich.

Völlig außer Acht lässt die Studie, dass in Hinsbeck eine Sporthalle auf dem Schulgelände zur Verfügung steht, in Lobberich aber keine vorhanden ist.

Anders als im Kontext der Studie suggeriert, ist das Umfeld der Schule in Hinsbeck deutlich ruhiger, ohne große Wohnbebauung in der Nachbarschaft und mit direkter Waldnähe und verkehrlich weniger frequentiert, als der Standort mitten in der Lobbericher City am Rathaus. Für eine Förderschule ist dies deutlich attraktiver.

Die Variante 1 ist für uns ein guter Kompromiss als „Maß und Mitte“.

Schüler mit besonderem Förderbedarf erhalten eine nach pädagogischen Qualitätsmerkmalen mit Bestnote 1 bewertete Variante, die geforderte Raumbedarfe erfüllt sowie unsere bestehenden Förderschulstrukturen stärkt und gleichzeitig keine übermäßige finanzielle Beanspruchung des Kreishaushaltes darstellt.

Für ein Museumsdepot sehen alle einen Bedarf, das ist wohl unstrittig. Also ist es nicht sinnvoll, die Mittel zur Projektsteuerung zum Neubau eines interkommunalen Museumsdepots zu streichen. Was wir brauchen, ist eine detaillierte Kostenaufstellung für die interessierten Museen, damit diese entscheiden können, ob sie mitmachen oder auch nicht. Mit der Machbarkeitsstudie erhalten wir die für eine Entscheidung erforderlichen Zahlen.

Der Vorlage zur NS-Dokumentationsstelle stimmen wir zu. Es ist wichtig, das dunkle Kapitel in der deutschen Geschichte nicht zu vergessen und auch hier vor Ort weiter aufzuarbeiten. Außerdem setzen wir damit aktiv ein Zeichen. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“, fällt mir dazu ein sehr passender Satz ein, den ich zuletzt auf einer Demo gesehen habe.

Die Kenntnisnahme der Anträge für die Plattform zur Bürgerbeteiligung und zum Parkraum-Bewirtschaftungskonzept sowie die Ablehnung der Parkplatzüberbauung sind für uns hinreichend in der Vorlage begründet, weshalb wir darauf nicht näher eingehen müssen.

Der Ansatz der Mittel für den Grunderwerb für das Bevölkerungsschutzzentrum ist gut begründet, eine Reduzierung hingegen nicht und wird deshalb von uns abgelehnt.

Da noch einige Fragen zur Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung zu klären sind, sind wir mit einer Vertagung in einen der nächsten Sitzungszüge einverstanden.

Viele weitere Themen halten wir im Blick, so das Bemühen um die Besetzung der Stellen mit guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vielfältigen Themen des Umweltschutzes, die verkehrlichen Themen wie die vielen Mittel für den Radverkehr oder die neue Linie XBus49 vom Kreis Viersen nach Düsseldorf, die die Städte Kempen, Tönisvorst, Willich und Meerbusch mit Düsseldorf in einer engen Bustaktung und einem Anschluss an den Schienenverkehr verbindet.

Oder die gut investierte Umlage an den Landschaftsverband - 2022 waren es 79,9 Mio. €. Der LVR hat dazu im Gegenzug in 2022 Leistungen in Höhe von 203 Mio. € für die Menschen im Kreis Viersen erbracht. Davon 123,2 Mio. € aus dem Haushalt des LVR und weitere 79,2 Mio. € aus Bundes- und Landesmitteln. Der größte Teil sind mit 120 Mio. € Sozialleistungen, im Wesentlichen Mittel zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Außerdem der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, der angesichts gestiegener Anforderungen durch viele Maßnahmen und Investitionen gestärkt wird.

Danke sagen wir allen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs mitgearbeitet haben, insbesondere unserem Kämmerer Thomas Heil und seinem Team.

Danke auch denen, die jetzt die vielen Zahlen in Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen werden.

Und Danke an den Landrat und die Dezernenten, die uns bei den Haushaltsberatungen Rede und Antwort standen.

Die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2024 mit allen Anlagen und Änderungslisten sowie dem Stellenplan zu.

Vielen Dank!